

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 20 Goldpfennige, Eingekauft und Reklamen 50 Goldpfennige.

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit Zuzug, einzelne Nummern 15 Goldpfennige. Gemeinde-Verbands-Konto Nummer 3. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3. Postfachkonto Dresden 12 548.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jedne. — Druck und Verlag: Carl Jedne in Dippoldiswalde.

Nr. 14

Montag, am 18. Januar 1926

92. Jahrgang

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Droglsten Willi Stoll in Kreischa, alleiniger Inhaber der Firma Willi Stoll in Kreischa wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. K 825.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 11. Januar 1926.

Nutzholzversteigerung. Hirschsprung-Altenerberg Staatsforstrevier
Montag, am 25. Januar 1926, vorm. 10 Uhr, im Fremdenhof „Stadt Dresden“ in Altenerberg: 870 im w. Fläche 743 cm, 111 im w. Fläche 58 cm. Abl. 1, 18, 19, 28, 29, 36, 37, 42, 43, 48, 52, 55, 56, 58, 59, 62/64, 73, 95, 96, 99, 105/108, 114, 115. Fortkamt Hirschsprung-Altenerberg. Fortkaste Tharandt.

Certliches und Sächliches

Dippoldiswalde. Der Schnee in der Nacht zum Sonnabend kam zur rechten Zeit, um herrliche Ski- und Rodelbahnen zu schaffen. Ein herrliches Sportwetter beehrte den Sonnabend und besonders den gestrige Sonntag. So war es nicht zu verwundern, daß ganze Heerscharen die Großstadt verlassen und zu uns hinauf ins Gebirge kamen. Schon der Nachmittagszug war voll besetzt, noch mehr Sportler brachten die Abendzüge und am Sonntag waren alle Jüge, die fahrplanmäßigen, wie die Sportzüge, die sämtlich verkehrten, überfüllt besetzt. Dank der leichten Bahnerhaltung und der einzelnen Stationen getroffenen Vorkehrungen wickelte sich der Verkehr im allgemeinen glatt ab. Groß war auch die Zahl der Autos, die durch unsere Stadt aufwärts und abwärts wieder der Großstadt zufuhren. Wiesel waren sie mit Rodel oder Schneeschuhen besetzt. Soweit unsere heimische Bevölkerung oder nicht dem großen Juge ins Gebirge gefolgt war, ging sie auch hinaus und sei es nur einmal nach Überdorf oder zur Talperre oder zum Steinbruch. Die Luft war doch auch gar zu herrlich, es herrschte fast Windstille, die Kälte spürte man kaum und die Sonne schien so schön warm. Es war ein Sonntag zu rechter Erholung.

Dippoldiswalde. Am Sonnabend nachmittag fand in der „Reichskrone“ eine Bezirksversammlung der Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer statt. Sie war sehr gut besucht; so viel man feststellen konnte, auch aus weit entfernten Orten. Gegen 1/3 Uhr eröffnete Dekonomierat Welde die Versammlung, gab seiner Benützung über den gefüllten Saal Ausdruck und erwähnte, Zweck dieser Zusammenkünfte sei, die Verbindung zwischen den Landwirten und ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Vertretung aufrecht zu erhalten. Weiter führte er aus: Schwere Sorgen brühten die Landwirtschaft im vergangenen Jahre, mit schweren Sorgen trat sie ins neue Jahr ein. Sie zu bannen, scheint leider in absehbarer Zeit unmöglich trotz alles Mühe und Arbeitens. Die Krise hat heute auch wesentliche Teile der Industrie ergriffen. Erwerbslosigkeit in erschrecklichem Umfange ist die Folge. Dabei fehlt es in der Landwirtschaft an Arbeitskräften. Schuld an alledem ist nicht nur der verlorene Krieg, nicht nur die Revolution; wesentlich sind auch verkehrte Regierungsmassnahmen, vor allem hinsichtlich Steuern und Zoll. Handelsverträge wurden abgeschloffen auf Kosten der Landwirtschaft. (An Einzeldaten wird das erläutert.) Heute herrscht Ueberfluß an Milch und Fleisch. Mancher Landwirt wäre sehr froh, wenn er auf die Saatgut-Werksch der Regierung nicht bereitgestellt wäre. Solange bei uns die Ausgaben größer als die Einnahmen sind, kann es nicht besser werden. Da helfen auch alle guten Ratsschläge nichts. Dazu tauchen fortgesetzt neue Gesetze auf mit der Begründung, der Landwirtschaft zu helfen. Man will uns dort helfen, wo uns der Schatz gar nicht drückt. Welcher Berufsstand wird von gefehswegen so bevorzugt wie die Landwirtschaft. Erst hat man uns alles beschlagnahmt; heute fragt die Regierung nicht, wo unsere Produkte haufen. Der Konsument zieht verfeinerte Lebensmittel und Luxusgüter vor zum Schaden des Volksgutes. Eine Folge all dessen sind die zahlreichen Quatschangebote; sie sind nichts anderes als verdeckte Konkurse. Es scheint, daß die Regierung unseren berechtigten Wünschen demgegenüber gleichgültig gegenübersteht. Nunmehr erwidert Landwirtschaftsrat Dr. König das Wort zu seinem Vortrage über das Rinderzuchtgesetz. Er führt u. a. aus: Woher dieses Thema vor Landwirten zu sprechen, ist heute eine unabweisbare Aufgabe. Man lehnt das Gesetz ab und macht den Verfassungskommissionen den Vorwurf, sie hätten versagt. Das ist aber falsch. Die Landwirtschaftskammer hat eindringlich gewarnt, die Landwirtschaft mit neuen Zwangsmaßnahmen zu beunruhigen; zum mindesten sollte man die Einführung mit Rücksicht auf den heute in besonders hohem Maße vorhandenen Jambstoff hinausschieben. Bis her ist das vorgebildet gewesen. Die Regierung blieb auf ihrem Standpunkte stehen. Der allseitige Protest aus Landwirtschaftskreisen hat aber doch dazu geführt, daß zur Stunde mit der Regierung wegen Auswaschung des Einführungstermins verhandelt wird; vielleicht doch noch mit Erfolg. Jambstoff muß aber doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das Gesetz sofort in Kraft gesetzt wird. Da die Durchführung durch die Landwirtschaftskammer zu geschehen hätte, ist von vornherein mit größter Loyalität zu rechnen. Wie die Kammer hier hören zu vermeiden gedenkt und was die einzelne Genossenschaft dabei helfen kann, soll der Vortrag erläutern und gleichzeitig auch Aufklärung über das Gesetz selbst bringen. Das Rinderzuchtgesetz von 1906 regelte die Frage auf freiwilliger Grundlage. Sein Fehler war die Freilassung des Bullen für den eignen Bedarf. Diesen Fehler bestrich das Gesetz von 1913. In der Kriegs- und Nachkriegszeit wüßten sich die freiwilligen Vereinigungen fast alle wieder auf. Das wieder gut und in Zukunft unmöglich zu machen, war der eine Gedanke, der die Regierung zur Vorlage des Rinderzuchtgesetzes veranlaßte. Der andre Gedanke war der, die Benutzung ungehöriger Bullen möglichst anzufassen (heute kümmert man sich um das Abren in der Hauptache überhaupt nicht) durch Wegfall des Bedingelbes. Als Erfolg soll eine Umlage pro Kuh erhoben werden. Wollte die Landwirtschaftskammer die Einführung des Gesetzes ablehnen, so würden die Gemeindebehörden das zwangsweise tun müssen. Nun zum Gesetz selbst und zu der Art und Weise, wie die Kammer die Durchführung sich denkt. Hinsichtlich des Abrens ändert sich nichts. Die Kreisvereine

machen Vorschläge zur Rinderzucht (unser Kreisverein schlug die bisherigen Mitglieder vor), die Landwirtschaftskammer ernannte die Mitglieder. Die Zusammenkunft der Kammer schließt irgendwelche Bevorzugung aus. Die Zahl der angehörten Bullen einer Genossenschaft ist unbeschränkt. Auch können in einer Gemeinde zwei Genossenschaften mit zwei Zuchtställen bestehen. Von dem angehörten Bullen soll zu erwarten sein, daß er das Kadmaterial der Gemeinde verbessert. Die Farbe spielt keine Rolle mehr. Der Staat lehnt die Kosten der Rörung ab, weshalb eine Rörgebür erhoben werden muß, die man auf etwa 4 M. pro Bullen bei der vorgegebenen Massenrörung schätzen kann. Die Bullen sind entweder Eigentum der Genossenschaft oder letztere schließt mit dem Besitzer des Tieres einen Vertrag. Nach dem Gesetz besteht bereits jetzt in jeder Gemeinde eine Genossenschaft (die Gesamtheit der Rühhalter). Sie konnte nur noch nicht in Wirklichkeit treten, weil der Vorstand noch nicht gewählt ist. Befreit von der Mitgliedschaft sind Mitglieder von Herdbuchgenossenschaften, Ammelwirtschaften und Landwirte, die bisher einen eigenen Zuchtstall hatten, wenn dadurch das Bestehen einer Genossenschaft in der Gemeinde nicht gefährdet wird und wenn Gemeindebehörde und Genossenschaft Widerspruch nicht erheben. In letzterem Falle entscheidet die Kammer, die bereits genehmigte Befreiungen rückgängig machen kann, wenn alle Zuchtställe einer Gemeinde befreit sein wollen. Abwärts gelegene Gebiete werden der Genossenschaft zugewiesen, die am bequemsten zu erreichen ist. Als Umlage dürfte das bisherige Bedingel mit 10 % Zuschlag für eine Rühlage genügen, im Mittel etwa 4 M. Wenn das Vieh wegen Maul- und Klauenseuche nicht getrieben werden darf, ist die Benutzung ungehöriger Bullen, wie solche nach wie vor als Fleischtiere vorhanden sein werden, nachgelassen. Zum Schluß sagt Redner noch zusammen: Der angeordnete stärkere Zucht ist nicht zu vermeiden; die Kostenverhöhung ist nicht bedauerlich; die Gefahr der Krankheitsübertragung bleibt bestehen; die Kammer wird Härten nach Möglichkeit beseitigen. Dekonomierat Welde spricht dem Redner herzlichen Dank aus und regt an, die Aussprache sächlich zu führen und sich so einzustellen, als ob die Einführung des Gesetzes jetzt geschehen müßte. Es erfolgen zahlreiche Wortmeldungen, ohne daß eigentlich wesentliches dabei herausspringt. Eine große Erörterung macht sich Luft. Die Erzeugung geht so hoch, daß Dekonomierat Welde einmal alle Energie aufwenden muß, um die Jügel in der Hand zu behalten. Die Aussprache bewegt sich in der Hauptsache in der Richtung des später angenommenen Profektens und in Wiederholungen. So muß sich auch die Beantwortung durch Dekonomierat Welde und besonders durch Dr. König in der Hauptsache nur in Wiederholungen bewegen. Nur einige Ausnahmen sind zu registrieren. Dr. Pander stellt fest, daß der Widerwille der Landwirte gegen das Rinderzuchtgesetz und ihre gegenwärtige Verbitterung ausgenutzt wird, um sie in Widerspruch zu bringen mit ihrer Berufsetretung und mit der Regierung. Er mahnt, hier die Augen offen zu halten. Hinsichtlich § 36 des Rinderzuchtgesetzes, der die eventuelle Befreiung eines Ortes von der Gründung einer Genossenschaft behandelt, sagt Dr. König, die Regierung habe dabei an große Ställe gedacht, wie z. B. Dresden, wo das Treiben von Vieh überhaupt verboten sei und deshalb das neue Gesetz große Härten mit sich bringen würde. Wenn man das dazugehörige Anträge auch für andere Orte stellen wollte in der Aussprache war das wiederholt anmerkt worden). So dürfen diese kaum Ansichten haben. Amtshauptmann v. d. Planitz sagt an, daß bezüglich der Einhaltung der verschiedenen Termine den Verhältnissen in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werde. Der Bürgermeister von Johannsdorf meint dem Rinderzuchtgesetz sogar eine gute Seite ab. Für Johannsdorf ermahnte es die Verfolgung zweier Zuchtziele. Damit finde ein schon länger geübter Wunsch Erfüllung, was unter dem alten Gesetz nicht möglich gewesen sei. Auch sonst befehligt er sich großer Sachlichkeit, wozu der Vereinsleiter dankend anerkennend. Wiederholt wird anmerkt, das Gesetz gemäßigten zu sein, aber, dem entgegengehalten wird, daß dann eben die Gemeinde zwangsweise Bullenhalter werde, wie das z. B. in Helfen und Württemberg meist der Fall sei. Dabei wird auf die dortigen Verhältnisse etwas näher eingegangen und j. B. von Landwirtschaftslehrer Ertom bezeugt, daß in seinem Heimatlande dort, wo Hochjucht betrieben werde, das Gesetz herortragend gut wirke. Schließlich findet folgender von Reichsrat einetradierter Protest einstimmige Annahme: Die heute jährlich verammelten Landwirte aus dem Bezirk Dippoldiswalde protestieren auf das schärfste gegen das neue Rinderzuchtgesetz aus folgenden Gründen: 1. Die Landwirtschaft ist bei der gegenwärtigen Notlage nicht imstande, die Kosten für die Durchführung des Rinderzuchtgesetzes auf sich zu nehmen. 2. Bei der gegenwärtigen Leutenot ist der dem einzelnen Viehhalter zugewandte Zeitaufwand nicht tragbar. Veränderte Wege und häufiges Umirndern müssen die notwendige Folge der geplanten umständlichen Organisation sein. 3. Durch die Vereinigung aller Viehhaltungen auf einen Bullen wird der Verbreitung allerhand Seuchen nur Vorlauf geleistet und damit die Gefahr der Verleumdung ganzer Ortsteile heraufbeschworen, wodurch der Landwirtschaft unannehmer Verluste entstehen können. Amtshauptmann v. d. Planitz: Ich bin froh, daß in diesem Falle nicht die Amtshauptmannschaft die Kammer aus dem Feuer zu holen hat. Die Landwirtschaftskammer bietet Gewähr für lokale Durchführung des Gesetzes, die Landwirte werden davon wahrscheinlich gar nicht so viel spüren. Allerdings ist der Zeitpunkt unannehmlich. Doch steht Aussicht zu erwarten. Bezüglich der Rossfahndung wegen Entschäden wird die Regierung diesmal nicht ganze Orte als Rossfahndungsgebiete erklären, sondern jeden Betrieb besonders behandeln und den Erlaß eines oder beider Grundsteuertermine anordnen. Da die Landwirtschaft selbst Bedenken gegen kurzfristige Kredite hat, sollen Saatgutkredite nicht in dem vorjährigen Umfange gewährt werden. Dagegen sind noch Mittel vorhanden für die Umstellung des Getreidebaues auf Futterbau und Viehzucht in den oberen Gebirgslagen. In bezug auf die Einführung des Jambstoffes ist die Kammer zu 1. 4. 27 wird wahrscheinlich die Jambsteuer fallen. Die Bezirke werden Erlaß erhalten aus der Kraftwagensteuer. Der Amtshauptmann schließt mit dem Wunsch baldiger Besserung der Verhältnisse in der Landwirtschaft. In der folgenden allgemeinen Aussprache wird die von der Regierung als Mittel zur Ver-

bütung von Entschäden in den höheren Gebirgslagen gepriefene Umstellung des Ackerbaues auf Viehwirtschaft und Viehzucht eingehend behandelt. Verschiedene Landwirte aus den in Frage kommenden Orten kommen zu Worte. Während von einer Seite anerkannt wird, daß dem Wunsch der Regierung Beachtung zu schenken und entsprechende Aufklärung wünschenswert sei (sei man doch sogar seit dem Kriege zum Viehwirtschaft übergegangen, dort, wo kaum Hofer reif werde), wird von anderen Seiten erklärt, von Ausnahmen abgesehen, halte sich die Landwirtschaft im Gebirge an das durch Erfahrung gemonnene Verhältnis zwischen Ackerbau und Futterbau; oft sei die Feuernte mit mehr Schwierigkeiten verbunden als die Getreideernte; zur Viehzucht fehle das Winterfutter (Rüben); der lange Winter zwinge das Vieh lange Zeit in den Stall, was der Aufzucht nicht dienlich sei; das Gebirgsland werde im Flachlande nicht verlangt. Von einer Seite wird auf die Aufforderung schwer zu bestellender Darlehen aufmerksam gemacht. Bringt das auch nicht sofort Einnahmen, so erhöhe es doch den Wert der Wirtschaft. Dr. König: An der Krise trägt weniger falsche Wirtschaftsweise die Schuld. Mähernten gab es auch früher. Aber eine Reserve auf der Sparhaube darf darüber hinweg. Diese fehlt heute. Deshalb wird jede Mähernte zur Krise. Die Klage darüber dringt dann bis zur Regierung. Dem stimmt Dekonomierat Welde zu; der Wunsch der Regierung werde nicht erfüllt werden können. Nach weiterer Aussprache, in der u. a. auch gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit und gegen die hohen Krankheitsbeiträge polemisiert wird, schließt Dekonomierat Welde 1/8 Uhr mit kurzem Schlußwort die an Anregungen reiche Tagung. — Erledigung von Landbaufragen schließt sich an.

Dippoldiswalde. Unter der Leitung seines Fuchsmajors Linke (der 1. Präside Otto war durch Krankheit seines Vaters noch verhindert, aus den Weihnachtsferien zurückzukehren) hielt der Verein „Glück zu!“ an der Deutschen Müllehalle am Sonnabend seinen 2. Vereinsabend im neuen Jahre ab, der auch von Seiten des Lehrerkollegiums wie auch von Ehrenmitgliedern und Alten Herren recht gut besucht war. Der Aktive Alfred Pinnow hielt einen sehr interessanten und gut durchgearbeiteten Vortrag über: „Die Entwicklung des Getreidehandels“. Oberberaufstudenrat Kessler begrüßte die Korona, insbesondere auch die als Gäste anwesenden neuen Schüler und überbrachte Grüße einer Zelter Vereinigung, in deren Heim die Schüler bei einer Exkursion im vergangenen Jahre zu Gast gewesen waren.

Dippoldiswalde. Die Freiwillige Feuerwehr trat am Sonnabendabend zur letzten Übung des Vereinsjahres mit 78 Mann an. Nach dieser fand im „Goldnen Stern“ eine Raaderversammlung statt, die Kommandant Reichel unter herzlichen Worten eröffnete. Er gab mit Freude kund, eine so große Anzahl Kameraden begrüßen zu können. Feldwebel Heinrich gab Erklärungen über das Schrandengewinde und die verschiedenen Anordnungen. Kommandant Reichel verpflichtete sechs neu eingetretene Kameraden mit Handschlag, unter dem Hinweis, immer zur Stelle zu sein, wenn es gilt. — „Einer für alle, alle für einen“ — in Feuers- oder Wassernot zu helfen und sich die Alten als Vorbild zu nehmen. Ein „Out Wehr“ beschloß diesen Akt. Hieraus übermittelte Kommandant Reichel den Dank des Stadtrats für das gute Zusammenarbeiten der Freiwilligen und der Pflicht-Feuerwehr beim letzten Schadenfeuer (Herrengasse) und betonte, daß man auf die Wehren stolz sein könne. — Mittwochabend soll vom Militärverein ein Konzert zum Besten des Kriegerehrenmals stattfinden, wozu auch die Freiwillige Feuerwehr eingeladen ist, dessen Besuch der Kommandant empfiehlt. Betreffs des Platzes für das Kriegerehrenmal ist die Wehr einstimmig für den an der Körner-Ecke. Hauptmann Heinrich gibt das Programm für das am 23. Januar im Schützenhaus stattfindende Weihnachtssoergnügen bekannt und bittet um zahlreiche Teilnahme. Am Schluß der Raaderversammlung angelangt wünscht Kamerad Reichel, das neue Jahr so anzufangen, wie das Alte abgeschlossen ist.

— Wie schon einmal kurz berichtet, wird am 28. Januar die biesige Besatzung und zwar mit 1 Belgier und 3 Obenburger Hengsten besetzt werden, es sind dies die Hengste Rubens, Gelandier, Gernant und Rittmund. Teilweise waren sie schon im vergangenen Jahre hier.

Dippoldiswalde. Das Heer der Erwerbslosen erhielt leider in der ersten Januarwoche witteren Zuwachs. Während am Jahresanfang 233 unterstufte Erwerbslose mit 417 Angehörigen vorhanden waren, betrug ihre Zahl am 15. Januar 254 mit 434 Zuschlagempfindern. 156 sind verbeiratet, 88 ledig oder verwitwet. Nur 8 Erwerbslose beziehen ununterbrochen seit über 3 Monaten Unterstützung; die übrigen sind erst kürzere Zeit ohne Arbeit.

Barnwitz. Wiederum ist am vorigen Sonnabend ein großer, mit Fassern vollbeladener Lastkraftwagen unmittelbar bei dem Dresdner Vorort Rath auf dem abschüssigen Teil der Staatsstraße Dresden-Dippoldiswalde abgerast und nach Niederlegen einiger Räder und Laternenpfähle in den Straßengraben gestürzt. Außer Materialschaden ist kein größeres Unglück zu verzeichnen, was bei dem äußerst regen Verkehr als günstiger Umstand bezeichnet werden muß. Die vor einigen Jahren neuerbaute Umgebungsstraße, die um den Ort Rath herumführt und bei dem riesigen Verkehr mit Kraftfahrzeugen den bestehenden Uebelstand abhelfen sollte, scheint aber nun gebaut worden zu sein, um fortgesetzt gesperrt zu werden. Denn, nachdem sie bereits im Jahre 1924 mehrere Monate nicht befahrbar war, ist sie bereits seit Mitte des Jahres 1925 wieder dem Verkehr entzogen, um, wie es heißt, mit neuartigen fester Decke versehen zu werden. Man weiß wirklich nicht, was man über diese fortgesetzte, monatelange Sperrung einer neuen Straße denken soll.

Kommenau. Im Walde am Kommenauer Steinberg (Rißerlicher Wald, zum Rittergut Oberburkau gehörig) fand ein Barkauer Einwohner am Mittwochnachmittag den auf dem Tannenbergl bei Kommenau ansässigen Wirtschaftsbefizer Eduard Kersch erfroren an. Der Verstorbenen war tags zuvor mit einem Arbeitsgenossen vom dem Steinbruch bei Rindisch, wo er über 25 Jahre gearbeitet hat, beimgegangen und im Walde zurückgeblieben, ohne daß er zunächst vermisst wurde. Krabl war längere Zeit Vorsitzender des Kommenauer Militärvereins.